

II-2669 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1347 J

1981 -07- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. HAUSER
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit von
Teilen der Bezirksgerichtlichen Gerichtsbarkeit

Die Anfragesteller beziehen sich auf die zum Anfragethema seit 1973 gestellten 6 Anfragen (zuletzt am 20. 11. 1978, Nr. 2189/J, II-4392 der Beilagen, XIV. GP).

In seiner letzten Antwort zum Gegenstande hat der Herr Bundesminister für Justiz am 3. 1. 1979, Z. 17.1o3/27-I 8/78, auf ein Verfahren bei der Europäischen Menschenrechtskommission hingewiesen, dessen Ausgang vor weiteren Verfügungen abzuwarten wäre. Dieses präjudizielle Verfahren soll inzwischen längst beendet sein. Über legislative oder administrative Maßnahmen zur Sanierung der in den früheren Anfragen aufgezeigten Lage ist aber bisher nichts bekanntgeworden.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

1. Haben Sie inzwischen - im Wege der Bundesregierung - beim Verfassungsgerichtshof eine weitere Kompetenzfeststellung eingeleitet?
2. Wenn ja, wie lautet der entsprechende Antrag und wie hat der Verfassungsgerichtshof hierüber entschieden?
3. Welche weiteren Maßnahmen beabsichtigen Sie zu ergreifen; insbesondere im Hinblick auf die von Ihnen bereits öffentlich angekündigte Schaffung eines Bezirksgerichtes Donaustadt, dessen rechtlich einwandfreie Errichtung im allgemeinen Interesse liegt?